Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 4. Mai 1926 — Nummer 102

England im Generalstreik

Der Riesenkampf hat begonnen!

London, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach der Unterhausdebatte fanden gegen Mitternacht nochmals Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Generalrates und der Regierung auf Veranlassung des rechten Gewerkschaftsführers Thomas statt. Sie sind gescheitert. Der Generalstreikstehtdaraufhinum Mitternacht ein. Zur Durchführung einer einheitlichen Aktion werden örtliche Aktionskomitees gebildet. Die Generalstreikaktion wird sich auf die Eisenbahn, Untergrundbahn, Omnibusse, Straßenbahn und die See- und Binnenschiffahrt erstrecken, die Zeitungen einstellen und alle Fabriken schließen. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Generalrat wurden abgebrochen, nachdem die Regierung ein provokatorisches Ultimatum an die Gewerkschaften gerichtet hatte, daß sie nur die Verhandlungen weiterführen wollte, wenn sich die Bergarbeiter mit einer 13prozentigen Lohnkürzung und einer Verlängerung der Arbeitszeit bis 1929 und sofortiger Zurückziehung der Generalstreikanweisung einverstanden erklären. Die Bourgeoisie trifft Kriegsmaßnahmen. Auf Grund des Ausnahmezustandes ist das Land in 10 Bezirke eingeteilt, an deren Spitze sogenannte Zivilkommissare stehen. Der Postminister hat die Zensur der Telegramme. Jeder Polizist hat das Recht, Verhaftungen ohne Haftbefehl vorzunehmen. Jede Ortsbehörde kann Versammlungen sofort auflösen. Die Urlauber der Armee und Marine wurden zu ihren Truppenteilen zurückberufen. Das atlantische Kriegsgeschwader ist in Bereitschaft. Der Innenminister hat eine Anwerbung von Freiwilligen für die Polizei und Technische Nothilfe angeordnet. Die politische Polizei mobilisiert ihr gesamtes Spitzelheer. Der Londoner Hyde Park ist als Zentrallager für die Streikbrecher durch Polizei abgesperrt. Das Druckereipersonal der „Daily Mail" legte die Zeitung am Montag still, als die von ihnen geforderte Aufnahme an den Hetzartikeln gegen den Streik nicht vorgenommen wurde. Im Unterhaus hielt Baldwin eine unerhört provozierende Rede, in der er erklärte, daß die Regierung unter der Drohung des Generalstreiks nicht verhandeln könne. Der rechte Thomas antwortete im Namen der Arbeiterpartei mit einer ziemlich lendenlahmen Verteidigungsrede. Dem Regierungsbeschluß auf Ausnahmezustand wurde mit 398 gegen 108 bei 200 Stimmenthaltungen zugestimmt. Nach Abschluß der Unterhausverhandlungen wurden die Arbeiterabgeordneten mit Hochrufen und dem Lied der Roten Fahne von einer großen Menschenmenge vor dem Parlamentsgebäude begrüßt.

•

Das britische Proletariat hat sich erhoben; es steht in einem der größten der Arbeitskämpfe der Nachkriegszeit. Bis zum letzten Augenblick schien immer noch die Möglichkeit gegeben, daß die englische Regierung nachgeben werde. Ministerpräsident Baldwin weiß sehr gut, was in England ein Generalstreik bedeutet. Man hatte den Eindruck, als würde die Regierung im letzten Augenblick die Arbeiterforderungen annehmen und so den Streik vermeiden. Aber es kam anders. Innerhalb der Regierung und der herrschenden Konservativen Partei siegte die Auffassung, die mit starker Hand die Arbeiterschaft niederschlagen will. Der Held dieser Richtung ist der Innenminister Jenkins-Hicks, ein Stockengländer alten Stils, der sich einredete, man könne die soziale Frage ungefähr im Stil eines Boxkampfes erledigen. Er war es, der vor einem halben Jahr die 12 führenden Kommunisten Englands ins Gefängnis schickte. Er baute auf dem Beifall der nationalistischen Hetzpresse die Technische Nothilfe auf. Er bemühte sich, den Faschismus nach England zu verpflanzen.

Die Verhandlungen, die von der englischen Regierung mit den Gewerkschaften geführt wurden, scheiterten durch ein freches Ultimatum der Regierung. Der Ministerpräsident verlangte von den Gewerkschaften die bedingungslose Zurücknahme des Generalstreikbeschlusses und die prinzipielle Unterwerfung unter die Entscheidungen der berüchtigten Kohlenkommission. Das war die offene Kriegserklärung der konservativen Regierung an das englische Proletariat, und so wurde der Schritt auch in den Massen verstanden.

Eine bezeichnende Episode spielte sich in London ab: Die führende konservative Massenzeitung, die „Daily Mail", wollte einen Hetzartikel gegen die Gewerkschaften bringen. Darauf weigerten sich die Setzer, den Artikel zu setzen, und die Belegschaft trat in den Streik. Damit war dem englischen Unternehmertum eine starke Waffe entwunden, denn die äußerst geschickt geschriebene „Daily Mail" mit ihrer Millionenauflage ist das erfolgreichste Lügenorgan der englischen Bourgeoisie. Selbstverständlich herrschte bei den Kapitalisten die größte Entrüstung über diesen „Eingriff in die Pressefreiheit".

Wie sind die Aussichten des Riesenkampfes? Es ist damit zu rechnen, daß der Generalstreik geschlossen durchgeführt wird. Denn die gewerkschaftliche Disziplin der englischen Arbeiter ist glänzend. Das zeigte sich schon in früheren Jahren bei den letzten Kämpfen der Bergarbeiter und Eisenbahner. Die Stimmung der Massen ist absolut einheitlich. Denn der Gang der Verhandlungen mußte jedem zeigen, daß die Arbeiter nur ihre Ketten schützen wollten und daß die herrschenden Scharfmacher den Streikfall bewußt heraufbeschworen haben. Es ist charakteristisch für die Lage, daß selbst ein Sozialpatriot wie Herr Thomas es nicht wagt, gegen den Generalstreik aufzutreten. Die Taktik Englands hat sich bisher noch bei keiner Gelegenheit bewährt. Bei der ungeheuren Masse der Streikenden ist die Aufgabe der Nothelfer fast aussichtslos. Dasselbe gilt von der Einsetzung der Armee und Marine zu Streikbrecherdiensten. In solchen Fällen ist sogar eine direkte Weigerung der Truppen, für die Unternehmer zu arbeiten, möglich.

Sollte die Regierung bewaffnete Zusammenstöße provozieren, so sind die Folgen ganz unabsehbar. Denn das englische Proletariat ist zahlenmäßig den übrigen Schichten so überlegen, daß es seinen Willen jederzeit durchsetzen kann.

Gelingt es dem englischen Proletariat, das Streikziel zu erreichen, d. h. den Angriff auf die Bergarbeiter abzuschlagen, so wäre damit politisch eine ganz neue Lage geschaffen. Die direkte Aktion der Gewerkschaften hätte damit den Sieg über Regierung und Parlament erfochten. Das nächste Ergebnis wäre zumindest der Rücktritt des konservativen Kabinetts.

Das deutsche Proletariat, insbesondere die Bergarbeiter, Transportarbeiter und Hafenarbeiter, dürfen auf keinen Fall irgendeine Streikbrecherarbeit für England zulassen. Die Brüsseler Beschlüsse der Bergarbeiter-Internationale müssen unbedingt durchgeführt werden. Ein Sieg des englischen Proletariats würde die Gesamtlage der europäischen Arbeiterklasse entscheidend beeinflussen und auch in Deutschland sofort seine Rückwirkung äußern.

•

Kampfsolidarität mit den englischen Bergarbeitern

Essen, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maidemonstration im Ruhrgebiet stand voll und ganz im Zeichen der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern. Eine glänzende Kampfstimmung wächst. Die Dortmunder Demonstrationsversammlung sandte ein Telegramm an den englischen Bergarbeiterführer Cook. Die Kommunistische Partei des Ruhrgebiets hat sofort im ganzen Bezirk Extrablätter und Flugblätter herausgegeben, in denen zur Solidarität und zu Kampfdemonstrationen aufgefordert wird. Die Kommunistische Partei fordert zur Bildung von Kontrollausschüssen zwecks Verhinderung der Kohlenausfuhr nach England und den Absatzgebieten der englischen Kohle auf. Diese Kontrollausschüsse sollen unter Führung des Bergarbeiterverbandes und des Deutschen Verkehrsbundes stehen und es sollen die Betriebsräte und Vertreter der Erwerbslosenausschüsse hinzugezogen werden. Ferner fordert die Kommunistische Partei sofortige Betriebsrätevollversammlungen des Bergarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen unter Hinzuziehung der Betriebsräte des Transport- und Schiffahrtsgewerbes und aller entscheidenden Umschlagshäfen. Außerdem wird die beschleunigte Einberufung des Verbandstages des Bergarbeiterverbandes verlangt, der sofort zusammentreten kann, da die Delegiertenwahlen bereits getätigt sind. Diese Forderungen werden von der Arbeiterschaft begeistert aufgenommen und zu eigen gemacht.

•

Der Bergarbeiterverband zum englischen Kampf

Essen, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Bergarbeiterzeitung" schreibt zum englischen Kampf: „Getreu dem Brüsseler Beschluß, daß für den Fall eines Kampfes in England zunächst internationale Maßnahmen getroffen werden, um den Transport von Kohle nach Großbritannien zu verhindern, wird der Bergarbeiterverband alles tun, was in seiner Kraft steht, diesem Beschluß Rechnung zu tragen. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den anderen für diese Frage in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die zu treffenden Maßnahmen beraten. Inzwischen müssen aber auch die deutschen Bergarbeiter das ihrige tun, um den englischen Kameraden zu helfen, besonders wenn das, was von ihnen verlangt wird, in ihrem eigenen Interesse liegt.

•

Französische Beurteilung der Lage in England

Die Rückwirkungen auf die internationale Finanzlage

Paris, 3. Mai. (Telunion.) Die französische Presse beschäftigt sich heute ausschließlich mit dem englischen Generalstreik. Der „Temps" verurteilt das Vorgehen der Trade Union mit scharfen Ausdrücken und erklärt, der englische Generalstreik sei eine revolutionäre Handlung. Das Kabinett Baldwin könne sein Prestige nur dann retten, wenn es daran festhalte, daß die Trade Union die für morgen früh ausgegebene Streikweisung zurückzieht. In Finanzkreisen befürchtet man starke Rückwirkungen des Streiks auf die internationale Finanzlage. Die englische Finanz beabsichtigt nach hier vorliegenden Meldungen, einer Schwächung der britischen Valuta durch den Verkauf großer Mengen ausländischer Devisen zuvorzukommen. Hier befürchtet man davon eine ungünstige Beeinflussung des Franken.

Die britische Generalstreik-Krise

Von R. Palme Dutt

(Zuprekorr.) London, 1. Mai 1926

Die unausweichliche Gewalt der Tatsachen hat den Konflikt in Großbritannien heraufgezwungen, trotz aller Bemühungen der Arbeiterführer, ihn zu vermeiden. Aber die größten Fragen sind noch in der Schwebe. Der Generalstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter, der zugleich mit deren Aussperrung hätte einsetzen sollen, ist für die Nacht des 3. Mai angesetzt worden, also erst nach einem Abstand von drei Tagen, während derer viel geschehen kann und weitere Aufschiebungen eintreten können. Wird die einheitliche Streikaktion der Arbeiter durchgeführt werden? Nur dann, wenn der stärkste Druck der Arbeiterklasse sie erzielt. Die maßgebenden Führer des rechten Flügels haben gezeigt, daß sie bereit sind, alles zu unternehmen, um ihr auszuweichen, und sie verbleiben in engster Beratung mit Baldwin bis zum letzten.

Es verlohnt sich, an die Umstände des „Schwarzen Freitags" des Jahres 1921 zu erinnern, da die Gefahr noch nicht vorbei ist. Auch damals wurden die Bergarbeiter ausgesperrt und befanden sich allein außerhalb der Betriebe; dies war am 1. April 1921. Die anderen Gewerkschaften, die sich durch den Dreibund verpflichtet hatten, die Bergarbeiter zu unterstützen, setzten ihre Streikaktion auf ein späteres Datum fest, auf den 12. April. Dieser Zeitpunkt wurde dann vom 12. April auf den 15. April verschoben; die Führer setzten bis zum letzten die Beratungen mit dem Ministerpräsidenten fort; am 15. April, als die Frist um war, wurde in der letzten Stunde der Streik abgeblasen, und es wurden die Bergarbeiter allein gelassen, allein zu kämpfen und allein geschlagen zu werden.

Seit damals hat die Arbeiterbewegung gewaltige Fortschritte gemacht, was unter anderem auch darin zum Ausdruck gelangt, daß jetzt der Generalrat des Britischen Gewerkschaftskongresses die Führung inne hat, daß die Vollzugsausschüsse des Gewerkschaftskongresses in Permanenz tagen, und daß die Streikaktion zur Unterstützung der Bergarbeiter sofort beschlossen wurde. Aber in der Aufeinanderfolge der Ereignisse besteht in dem Augenblicke, da diese Zeilen geschrieben werden, noch kein wesentlicher Unterschied gegenüber 1921: Die Bergarbeiter sind wieder ausgesperrt und beginnen wieder den Kampf allein; die Streikaktion ist wieder auf ein gewisses Datum festgesetzt worden; und die Führer befinden sich wieder in enger Beratung mit dem Ministerpräsidenten, und die gleichen verräterischen rechten Führer, die Thomas, Macdonald usw. sind an der Spitze. Es ist daher die stärkste Aktion der Arbeiterklasse notwendig, um die versprochene Generalstreikaktion zur Unterstützung der Bergarbeiter durchzuführen.

Der Kampf um die unmittelbare einheitliche Streikaktion zur Unterstützung der Bergarbeiter und um die internationale Aktion, wie sie von den Bergarbeiter- und Transportarbeiter-Internationalen versprochen wurde, ist jetzt der dringendste Kampf.

Die Ereignisse, die zur Krise geführt haben, waren eine Reihe von Manövern um eine einfache unausweichliche Lage herum. Diese einfache und unausweichliche Lage ist die Forderung des britischen Kapitalismus nach Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter, und die einmütige Weigerung der Bergarbeiter, sich einem weiteren Lohnabbau zu fügen. Diese einfache Fragestellung, die keine Ausflucht zuläßt und nur durch Kampf oder Uebergabe erledigt werden kann, sollte sowohl durch die Regierung wie durch die rechten Arbeiterführer mittels aller möglichen Manöver verhüllt werden, um die Bergarbeiter dazu zu verlocken, den Lohnabbau anzunehmen. Aber die einfachen Tatsachen der Lage und die feste Entschlossenheit der Bergarbeiter haben das Gespinst jedesmal zerrissen und die Stellung der Arbeiter gerettet.

Die Manöver der Regierung waren durchsichtig. Das erste Manöver war der **Bericht der Kohlenkommission** selbst, der in 300 enggedruckten Zeilen eines allgemeinen Geredes über den Bergbau und von Versprechungen einer „Reorganisierung" (ohne Verletzung der kapitalistischen Interessen) versuchte, den einzigen praktischen Vorschlag einer Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne einzuhüllen. Dieser Schwindel wurde endgültig bloßgestellt, als die allerletzten Stunden der Verhandlungen sich dem einzigen Punkte zuwandten, ob die Bergarbeiter „den Anfang der Seite 236 des Berichtes" — den Abschnitt über den Lohnabbau — annehmen oder nicht, und bei dieser unmittelbaren Frage die Regierung endgültig die Verhandlungen abbrach und alle Vorwände fahren ließ.

Das zweite Manöver war die Frage: **Reichsvertrag oder Bezirksverträge?** Die Bergarbeiter verlangten eine Regelung durch einen Reichsminimallohn, wodurch wenigstens die bestehenden Lohnsätze erhalten werden sollten. Die Grubenbesitzer bestanden auf Bezirksverträgen mit unbegrenzten Lohnherabsetzungen. Hier griff die Regierung als „unparteiischer Dritter" ein, schalt öffentlich die Grubenbesitzer wegen ihrer Hartnäckigkeit und verlangte von ihnen das „Zugeständnis" eines Reichsabkommens, das die bezirksweisen Lohnherabsetzungen mit enthalten sollte. Auf Grundlage dieses „Zugeständnisses" forderte die Regierung, daß auch die Bergarbeiter ein Zugeständnis machten und dem Lohnabbau zustimmten. Am letzten Tage willigten die Grubenbesitzer sogar in ein Reichslohnabkommen auf Grundlage eines — Lohnabbaus im Reichsmaßstab ein. Wieder einmal schimmerte die Hauptfrage die ganze Zeit durch, und die Manöver waren vergeblich.

Das dritte Manöver betraf die Frage der Arbeitszeit. Die Verlängerung der Arbeitszeit von sieben auf acht Stunden wurde als ein Abänderungsvorschlag für die Lösung der Streitfrage vorgebracht und von Hodges befürwortet. Der Vorschlag

Fürstenabfindungskompromiß der Reichsregierung

Berlin, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat ein Fürstenabfindungsgesetz fertiggestellt, dessen Inhalt dem des letzten Kompromisses entspricht. Die Regierung hofft, dieses Gesetz im Reichsrat (Preußen hat seine Zustimmung erklärt) durchzubringen; im Reichstag ist die Lage nach wie vor ungeklärt.